RENCONTRES SUISSES – TREFFPUNKT SCHWEIZ

Centre d'étude
et d'information

Forschungs– und
Informationszentrum

VALEURS POLITIQUES ET JEUNE GÉNÉRATION

DIE POLITISCHEN WERTE UND DIE JUNGE GENERATION

Heft Nr 3

INTERVIEW MIT URSULA WYSS, NATIONALRÄTIN

Mai 2001

Rue Beau-Séjour 18 – 1003 Lausanne; Tél. : 021 / 323 60 63;
Fax : 021 / 323 60 81; E-mail : rs-ts@dplanet.ch
Internet : www.swissdebate.ch

La Collection "Suisse 2020 – Schweiz 2020"

Les valeurs politiques suisses et la jeune génération sont l'un des grands thèmes d'étude des Rencontres Suisses – Treffpunkt Schweiz, association forum et centre d'étude non-partisan basé à Lausanne. Ses membres se répartissent à travers la Suisse entière.

Le but des cahiers de la Collection "Suisse 2020 – Schweiz 2020" est de donner la parole à celles et ceux que le thème des valeurs politiques et de la jeune génération interpelle, qu'ils soient acteurs ou observateurs. Chaque cahier aspire à être une pièce de réflexion originale ou le fruit d'une étude novatrice.

Die Publikationsreihe "Suisse 2020 – Schweiz 2020"

Die politischen Werte der Schweiz und die junge Generation sind eines der grossen Themen der überparteilichen Vereinigung "Rencontres Suisses – Treffpunkt Schweiz" in Lausanne, die sich als Forum und Forschungszentrum versteht. Sie hat Mitglieder in der ganzen Schweiz.

Ziel der Reihe "Suisse 2020 – Schweiz 2020" ist es Persönlichkeiten zu Worte kommen zu lassen, denen das Thema der politischen Werte und der jungen Generation eine Herausforderung bedeuted, sei es als Handelnde oder als Beobachter. Jedes Heft soll Zeugen origineller Überlegungen oder Frucht einer innovativen Untersuchung sein.

INTRODUCTION

Madame Ursula Wyss est une jeune personnalité hors du commun. Elle est née à Davos le 8 février 1973, a fait ses classes à Berne et le Gymnase à Neuchâtel. A l'Université (Berne, Glasgow et Berlin), elle a étudié l'économie, l'écologie et la sociologie.

Elue membre du Grand Conseil du Canton de Berne en 1997, Madame Wyss fit son entrée au Conseil national sous les couleurs des Jeunesses socialistes en 1999, devenant la plus jeune élue du Parlement fédéral.

En parallèle à son mandat politique, Madame Wyss élève aussi son fils Julian, qui est né en 1998, et dirige le projet Climat auprès du WWF Suisse.

Nous sommes très honorés que Madame Wyss ait accepté notre invitation à s'exprimer sur différents thèmes cruciaux pour notre avenir et la remercions chaleureusement de sa disponibilité.

J'aimerais aussi remercier Madame Katharina Eggenberger, étudiante de diplôme à l'Institut universitaire de hautes études internationales (IUHEI) à Genève, d'avoir bien voulu mener et retranscrire l'entretien avec Ursula Wyss, qui a eu lieu à Berne le 28 mars 2001.

Pour conclure, permettez-moi de vous faire part du premier grand événement du 21e siècle : les Rencontres Suisses – Treffpunkt Schweiz possèdent maintenant leur site Internet ! Vous le trouverez à l'adresse "www.swissdebate.ch".

Bien à vous,

Gilles Grin
Vice-président des Rencontres Suisses – Treffpunkt Schweiz

♣♣♣♣

Was hat Sie in die Politik geführt?

Um diese Frage beantworten zu können, muss zuerst geklärt werden, was man unter Politik versteht. Wenn man Politik im engeren Sinn als Parteipolitik versteht, dann bin ich mit 16 Jahren der JUSO beigetreten. Aber für mich war und ist Politik viel umfassender. Politik bedeutet das Interesse für meine Umgebung, für die Gesellschaft und die globalen Zusammenhänge. Ich hatte das Bedürfnis diese mitzugestalten. Natürlich kann ich Ihnen auch ein sogenanntes Schlüsselerlebnis erzählen, obwohl das retrospektiv immer verklärt wirkt, wenn man sich auf etwas festzulegen versucht. Mein Schlüsselerlebnis war das Unglück im Atomkraftwerk Tschernobyl, das zur Folge hatte, dass man in der Schweiz keine Milch mehr trinken sollte, im Tessin nicht mehr baden und keine Pilze sammeln konnte. Ich realisierte, als damals 13-Jährige, dass irgendwo auf der Welt etwas passieren kann, was mich hier existentiell bedroht und das ich nicht abwenden kann. Entweder wird man bei dieser Feststellung deprimiert, oder man beginnt sich zu engagieren. Ich entschied mich für die zweite Variante. Um als einzelne Person mitbestimmen zu können, sind nicht viele Möglichkeiten vorhanden. So ist mir nichts anderes eingefallen, als in die Politik zu gehen.

Haben Sie nun in der Politik die Möglichkeit, als Einzelperson mitbestimmen zu können?

Eigentlich sollte das in einer Demokratie so sein. Bezüglich Einflussbereiche kann natürlich argumentiert werden, dass Wirtschaftsleute deutlich mehr Macht haben, aber diese Plattform war für mich nicht in greifbarer Nähe. Trotzdem, ich habe Wirtschaft studiert, weil mich die damit zusammenhängenden gesellschaftspolitischen Fragen interessieren. Die Politik schafft Möglichkeiten gerade im kleinen Bereich etwas bewirken zu können, die man als Einzelperson nicht hat. Ob sich das Engagement in einer Organisation oder in einer Partei entwickelt, ist nebensächlich. Die Hauptsache ist der Akt des Zusammenschlusses, um sich für gemeinsame Vorstellungen einsetzen zu können.

Ich bin der JUSO beigetreten, weil sich dort gleichgesinnte junge Leute getroffen haben. Kurz darauf bin ich auch der SP beigetreten. Die JUSO ist ein sehr gutes Gefäss für Jugendliche, die sich politisch interessieren und in der Familie oder in der Schule keine Gleichgesinnten finden.

Wird ihre Stimme als JUSO Nationalrätin im Parlament gehört?

Wenn man Visionen, langfristige Ziel und Vorstellungen hat, wie die Gesellschaft sein könnte, ist es immer wieder schwierig mit real Erreichtem zufrieden zu sein. Ich werde wohl nie zufrieden

sein können. Aber dieser Gedanke, dass es immer noch sehr viel zu ändern gibt, spornt mich an zu weiterem Engagement. Aber klar, alles geht langsam und vieles erreicht man nicht. Zum verzweifeln! Der Zwiespalt zwischen Optimismus und Pessimismus ist dauernd präsent; vielleicht werde ich in zehn Jahren anders reden, im Moment bin ich noch optimistisch.

Weshalb interessieren sich viele junge Leute nicht für Politik? Stimmt diese Aussage oder ist sie ein Klischee?

Immer wenn Politik auf Schlagworte reduziert wird, muss man vorsichtig sein. Wenn Jugendlichen konkrete Fragen gestellt werden, ist das Interesse da. Aber Ihre Frage zielt wohl auf Politik im engeren Sinn. Es stimmt sicher, dass Jugendliche weniger wählen und abstimmen gehen. Ich würde dieses Abstimmungsverhalten aber nicht gleichsetzen mit Engagement. Eben, man nennt es auch Abstimmungs-„Verhalten“ und nicht Abstimmungs-„Engagement“. Ein Grund ist sicherlich, dass Politik, um ein Schlagwort zu gebrauchen, jugendfeindlich ist. VertreterInnen der wahrnehmbaren Politik sind praktisch immer deutlich über 40 und vermitteln den Eindruck, dass die etablierte Politik ausschliesslich etablierte Berufsleute angeht, die in der Politik ihre Interessensgruppe vertreten. Allein schon dieses Bild, das einem vermittelt wird, hält viele Jugendliche davon ab, sich in einer Partei oder in einer Organisation zu engagieren. Andererseits ist Jugendpolitik auf Bundesebene kein Thema. Sie

wurde und wird als Angelegenheit der Gemeinde oder des Kantons interpretiert. Die Kantone, die etwas tun haben eine/-n überlastete/-n Jugendbeauftragte/-n ausgestattet mit wenig finanziellen Mitteln. Die Ausnahme ist Luzern, das gerne als Vorzeigeobjekt gebraucht wird. Dies hängt in Luzern aber wesentlich von der dort angestellten Person ab.

In der neuen Bundesverfassung haben wir zwei Artikel, die sich mit der Jugend befassen. Während der eine auf Jugendschutz ausgerichtet ist, behandelt der andere die Jugendförderung. Das Problem ist, dass das Bewusstsein noch nicht vorhanden ist. Auf nationaler Ebene hat man Jugendanliegen bis anhin als Geschenke betrachtet, sei es die Senkung des Stimmrechtalters von 20 auf 18 Jahre oder die Jugendsession im 700-Jahre Rütli-Schwur Jubiläumsjahr. Jugendpolitik hat einen symbolischen Charakter: Die gnädigen Damen und Herren schenken den Jugendlichen etwas. Es muss noch ein Bewusstsein gebildet werden, damit Jugendpolitik wirklich ein Thema wird.

Kann sich dieses Bewusstsein im vorhandenen politischen System herausbilden?

Wir haben jetzt eben kein anderes System und ich lasse mich nicht gerne vertrösten! Es fällt auf, dass die Diskussion über die Beteiligung der Jugend am politischen Geschehen ähnlich verläuft wie jene über die Beteiligung der Frauen in der Politik. Die Argumente sind dieselben: Sie haben weder Interesse noch

Erfahrung. Der Haushalt und die Familie wird durch Sport, Liebe und Job ersetzt. Aber ich glaube, dass es in unserem demokratischen System durchaus Platz gibt für die Jugendlichen. Frauen müssen sich heute nicht mehr rechtfertigen, aus welchen Gründen sie sich für Politik interessieren. Wenn wir das für die Jugendlichen, und damit meine ich alle unter 30, erreicht haben, ist eine wichtige Hürde genommen.

Wo steht in der Jugendpolitik der dringendste Reformbedarf an?

Bei der parlamentarischen Initiative über das Stimmrechtsalter 16 gingen wir davon aus, dass sie abgelehnt werden würde. Wir waren erstaunt, dass es nur so knapp war. Unser Ziel war nicht, das Stimmrechtsalter 16 zu erreichen, denn es handelt sich dabei „lediglich“ um eine Massnahme, um die Stimmbeteiligung zu erhöhen. Die PolitikerInnen müssen sich noch viele andere Massnahmen überlegen und Phantasie walten lassen. Das heisst in erster Linie den Mut zu haben, Neuland zu betreten; ausser Jugendparlamenten gibt es noch nichts.

Wieso hat das Parlament Ihre Initiative, das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre zu senken, abgelehnt?

Ein wesentlicher Grund war sicherlich der Neuigkeitscharakter. Die Senkung des Stimmrechtsalter auf 18 Jahre wurde ohne grosse gesellschaftliche oder politische Debatte eingeführt.

Andererseits ist ja Jugendpolitik generell kein Thema. PolitikerInnen müssen sich nicht rechtfertigen, wenn sie für die Jugendlichen nichts machen. Sie müssen erklären, weshalb sie keine Steuersenkung durchgebracht haben.

Brauchen junge Menschen eine Utopie, um sich in der Politik einsetzen zu können?

Utopien! Eine langwierige Debatte! Ich finde es verheerend, aber es scheint im Moment nicht die Zeit für Utopien zu sein. Wo man hinschaut hat es keine. Mir persönlich hat es immer geholfen, dass ich eine Vorstellung habe, wie ich die Welt haben möchte. Denn genau darum geht es ja, was möchte man anders haben, was möchte man verbessern. Die Problematik ist natürlich, dass es zur Verbitterung führen kann, wenn man sich jahrelang einsetzt und dann merkt, dass man dem Ziel nicht näher gerückt ist. Ich erlebe vor allem zwei Arten von politisch engagierten Personen. Solche, die Utopien haben und solche, die aus einer Einzelmotivation heraus Politik machen. Um das an einem Beispiel zu erläutern. Jugendliche wollten einen Nachtbus durch das Marzili Quartier in Bern und haben bei der JUSO eine Petition eingereicht. Der Nachtbus existiert heute und man hat ihn der JUSO Bern zu verdanken. Diese Personen leben im kurzfristigen politischen Erfolg und es geht ihnen besser, weil sie das erreicht haben, was sie wollten. Ich persönlich brauche die Mischung von konkreten Ergebnissen und langfristigen Plänen.

Die Frauen in Gesellschaft und Politik: Wo sehen Sie noch Reformbedarf?

Es braucht noch unendlich viel. Im Moment sind wir ja in einer „doofen“ Situation, weil wir die faktische Gleichstellung erreicht haben. Auf Gesetzesebene ist das Potential ausgeschöpft. Oft war ja früher der Anlass für das Zusammenstehen der äussere, gemeinsame „Feind“. Heute haben sich die Anliegen individualisiert und die Bewegung deshalb pulverisiert. Es handelt sich oft um Einzelkämpfe, zum Beispiel für einen besseren Lohn, für die keine Bewegung entstehen kann. Das letzte Aufbäumen war wohl der Frauenstreik vor zehn Jahren, der diese Solidarität noch einmal zusammenbringen konnte, über das Einzelinteresse hinaus.

Was trotzdem reformiert werden kann sind die Rahmenbedingungen. In der aktuellen Diskussion sehe ich gute Chancen, wichtige, seit Jahren fällige Reformprojekte durchzubringen. Wenn der Arbeitsmarkt so ausgetrocknet ist wie momentan, wird sofort an das Potential der Frauen als Reserve gedacht. So können wir endlich auf die langersehnte Erhöhung der Anzahl von Betreuungsplätzen für Kinder hoffen. Die sind einfach das A und O. In der Stadt Bern wartet man immer noch 2 bis 3 Jahre auf einen Krippenplatz. Das ist einfach unmöglich! So kann niemand Beruf und Familie verbinden. Das Andere ist die Arbeitssituation: Auch für Männer muss Teilzeitarbeit möglich und gesellschaftlich akzeptiert werden.

Bedeutet das, dass in der jetzigen Krise auf dem Arbeitsmarkt Reformen angegangen werden und kaum hat sich die Situation gebessert, werden die Frauen wieder an den Herd zurückgeschickt?

Die momentane Arbeitsmarktkrise kann und muss genutzt werden, um Reformen hinzukriegen. Wenn sie tatsächlich einmal realisiert sind, können sie nicht einfach rückgängig gemacht werden. Im Moment ist die Zeit gut, um im Wirtschaftsbereich voranzukommen. Ganz im Gegenteil zum politischen Bereich, wo augenblicklich Stillstand herrscht, insbesondere was die prozentuale Vertretung von Frauen betrifft. Im Wissenschaftsbereich schliesslich hinken wir ja extrem hinterher. Im Vergleich zu den katastrophalen Verhältnissen an den Universitäten, kommt der Politik eine richtige Pionierrolle zu. Mit gezielten Massnahmen wird ja jetzt versucht, die Frauen auf allen Hierarchiestufen im Hochschulbetrieb zu fördern. Es wurde klar, dass an den Universitäten nur mit konkreten Massnahmen etwas erreicht werden kann.

Was halten Sie generell vom schweizerischen Ausbildungssystem?

Ich bin besorgt. Wenn man die Zahlen vergleicht, ist es eindeutig, dass wir im Bildungssektor eine relative tiefe Maturitäts- und Universitätsabschlussquote haben und wir sind nicht wirklich bestrebt, diese zu erhöhen. Sämtliche politische Tendenzen laufen darauf hinaus, die Berufsausbildung zu fördern, was sicherlich seine Berechtigung hat. Dies wird uns aber nicht befähigen, in dieser Informationsgesellschaft auf einem konkurrenzfähigen Niveau zu bleiben. Erste Anzeichen sehen wir ja bereits. Im Informatikbereich sind wir völlig unterdotiert.

In der Schweiz herrscht grundsätzlich eine Aversion gegen alles Gebildete und Akademische. Man ist bodenständig. Das hört sich jetzt sehr nach Klischeevorstellung von der Schweiz an, aber es ist einfach so! Ich habe es auch nicht für möglich gehalten! Was diese Haltung treffend veranschaulicht ist die Debatte um das Frühenglisch. Die SP will in der Verfassung festschreiben, dass Englisch nicht die erste Sprache sein darf, welche in der Schule gelehrt wird, sondern dass es Französisch respektive Deutsch sein muss. Das ist einfach wirklich hirnrissig! In einer globalisierten Welt, in einem Europa, das eine Vielsprachigkeit verlangt, kann man nicht mit staatspolitischen Argumenten, die an der nationalen Grenze, oder nicht einmal dort, Halt machen, politisieren. Dieses Verhalten zeigt das Engstirnige und Bürokratische in der Bildungspolitik, was die Aussichten für die Zukunft eher düster aussehen lässt.

Universitäten leiden ja jetzt schon an zu vielen StudentInnen...

Das Problem ist doch nicht, dass wir zu viele StudentInnen haben, sondern zu wenig Universitäten!

Andere Länder haben ihre Zukunft darauf gesetzt. Japan hat seit dem Zweiten Weltkrieg eine Universität nach der anderen gebaut. Auch Deutschland hat diese Richtung gewählt. Nur die Schweiz schafft es nicht. Man kommt hier gar nicht auf die Idee, dass man Universitäten neu gründen könnte.

Liegt die Zukunft der Schweiz und ihrer Jugend in Europa?

Ich persönlich fühle mich als Europäerin und natürlich auch als Schweizerin und Bernerin. Durch die Erfahrung, lange in England und in Deutschland gelebt zu haben, ist mir bewusst geworden, dass wir SchweizerInnen so anders nicht sind. Europa wächst zusammen, indem zusätzlich eine Identifikationsebene geschaffen wird. Das Ziel der Europäischen Union ist ja nicht, jemandem die nationale Identität wegzunehmen. Diese wird weiterhin bestehen bleiben. Es entsteht vielmehr eine zusätzliche, eine europäische Identität.

Die Schweiz befindet sich im Moment in einer schwierigen aussenpolitischen Situation. Sie hat das Glück, dass ihr die

Europäische Union relativ weit entgegenkommt und darum bemüht ist, uns nicht in die absolute Isolation zu treiben. Dies jedenfalls solange sie von uns Zugeständnisse braucht, zum Beispiel in der Zinsbesteuerung und in der Betrugsbekämpfung. Ich gehe davon aus, dass die Schweiz irgendwann einmal sicher ein EU-Mitglied sein wird. Anders wird es gar nicht gehen. Das wird uns auch klar werden, wenn nächstes Jahr der Euro kommt, das heisst, wenn vor allem die Wirtschaft damit konfrontiert sein wird.

Meine Vorstellung für das Weitergehen nach dem 4. März 2001 ist, dass durch weitere bilaterale Verträge eine Annäherung an die Europäische Union gesucht werden muss. Nach wie vor muss der Beitritt angestrebt werden. Die Frage ist, wie man da hin kommt. Es geht eben nicht anders, als dass möglichst viele Schranken abgebaut werden. Den freien Personenverkehr haben wir ja bereits geregelt. Jetzt müssen die restlichen Hemmschwellen auch noch durch bilaterale Verträge geregelt werden. Schlussendlich wird der Beitritt gar keinen grossen Unterschied mehr machen.

Muss das parlamentarische Milizsystem reformiert werden?

Der Ausflug ins Tessin, der rein symbolmässig sicher wichtig war für die föderale Schweiz, zeigt exemplarisch wie behäbig unsere

Politik in der heutigen schnellebigen Zeit immer noch funktioniert. In der Wirtschaft ist es selbstverständlich, dass man innert einer Woche, innert Tagen oder gar Stunden eine Entscheidung fällen muss. In der Politik herrscht immer noch die Einstellung, dass man sich in drei Monaten wieder treffen kann und dann überlegt, ob man irgendeinen Vorstoss, der dann zwei Jahre später usw.... Das geht einfach nicht! Wenn wir heutige Probleme adäquat lösen wollen, brauchen wir eine handlungsfähige Politik. Mit einer Session alle drei Monate sind wir nicht handlungsfähig. Die Folge davon ist eine extreme Diskriminierung der Legislative gegenüber der Verwaltung und der Exekutive, die beide professionell organisiert sind. Dazu kommen die Arbeitsbedingungen im Bundeshaus. Da wartet man Stunden bis man seinen Computer irgendwo anschliessen kann, um aufs Internet gelangen zu können. Das sind Zustände, die man niemanden in der Wirtschaft zumuten würde. All dies trägt nicht dazu bei, dass die Politik an Bedeutung gewinnen wird.

Sie befürworten also die Abschaffung des Milizsystems?

Es müssen Bedingungen geschaffen werden, damit den Problemen entsprechend gehandelt werden kann. Das heisst zum Beispiel, als erster Schritt, sich öfter zu treffen. Es gibt ja bereits immer mehr BerufspolitikerInnen. Dies stellt aber meines Erachtens ein demokratiepolitisches Problem dar. Diese Personen sind oft

gekauft von Interessenverbänden, die es sich leisten können ihre Abgeordneten im Parlament zu haben. Die aktuelle Situation in der Schweiz, dass Verwaltungsratsmandate nicht einmal angegeben werden müssen, ist eine Situation, die man sich in anderen Ländern schlicht nicht vorstellen kann. In jedem anderen europäischen Land müssen diejenigen, die ihr Verwaltungsratsmandat nicht angeben, zurücktreten und werden für ewig aus der Politik verbannt. Und hier ist es völlig selbstverständlich! Und wenn man die ParlamentarierInnen darauf aufmerksam macht, dann lachen sie und sagen, dass wissen ja sowieso alle, bei welchen Firmen ich im Verwaltungsrat bin. Man definiert sich als VertreterIn der einzelnen Interessen, was demokratiepolitisch absolut fragwürdig ist. Die Bevölkerung, die den Eindruck hat, sie würde ihre VertreterInnen wählen, wird verschaukelt. Es ist eine direkte Einflussnahme der Wirtschaft auf die Politik. Ausgerechnet die Wirtschaft, die vom Grundgedanken bis zur Umsetzung eines Gesetzes immer und überall dabei ist. Dieser Einfluss muss nicht noch kumuliert werden durch ParlamentarierInnen mit unzähligen Verwaltungs-ratsmandaten.

Informationsgesellschaft und neue Technologien: Handelt es sich um Risiken oder Herausforderungen? Sind wir für die Zukunft gerüstet?

Im Moment sind wir in einer heiklen Phase. Auf der einen Seite sind wir nicht wirklich gerüstet für die Zukunft. Wir sind inkompetent und vielleicht gerade aus dieser Inkompetenz heraus

entsteht eine Idealisierung der neuen Technologien. Es herrscht die weitverbreitete Meinung, dass die neuen Technologien unsere gesamten gesellschaftlichen Probleme lösen können. Sie sollen unsere Kommunikationsdefizite, die immer deutlicher zutage treten auffüllen, was ich als absolut verfehlt betrachte.

Andererseits würde ich mich nicht für die Forderung „Jede Schule ans Netz“ instrumentalisieren lassen. Es ist so eindeutig, dass die Computerbranche dort neue Absatzmöglichkeiten und Millionenaufträge riecht, da der Markt im Privatbereich gesättigt ist. Trotzdem, ich erachte es als wichtig, dass wir uns diese Kompetenzen aneignen. Aber ich warne auch davor, jetzt alles auf die neuen Technologien zu setzen und andere Fähigkeiten zu vernachlässigen. Dies gilt nicht nur für den Bildungsbereich, sondern generell für die massive Fokussierung auf vermitteltes Erleben. Das Ziel ist oft einfach „aufs Netz“. Nach Inhalten fragt niemand. Die Qualität der Inhalte ist dementsprechend dürftig.

Ist unsere Gesellschaft von Geld und Profitgedanken dominiert?

Die 80iger Jahre Mentalität - grosses Geld machen, da es sich mit viel Geld besser leben lässt - ist als Tendenz immer noch da. Auch der öffentliche Raum steht zunehmend denen zur Verfügung, die es bezahlen können. Und trotzdem denke ich, dass sich die Einsicht langsam aber sicher durchsetzen wird, dass vieles mit Geld nicht zu haben ist. Freizeitentwicklung, ebenfalls eine Idee

der 80iger Jahre, ist das Stichwort dazu. Nur, die Entwicklung zur Freizeitgesellschaft zeichnet sich heute nicht mehr ab. Die uns zur Verfügung stehende Freizeit, im Sinne von frei von Erwerbstätigkeit, füllen wir ja wieder an mit Zwängen, Stress und Leistungserwartung.
In den USA ist seit längerem eine Diskussion über Sozialzeiten im Gange, die nun intensiviert wurde durch das von der UNO proklamierte Jahr der Freiwilligenarbeit. Sozialzeiten sind Zeiten, in denen man sich für andere einsetzt ohne den eigenen Profit im Auge zu haben. In den USA ist der Ausweis von Sozialkompetenz im CV bereits ein Karrierefaktor geworden. Während es in der Schweiz, in der klassischen Firma, niemanden interessiert, ob die oder der BewerberIn sich je einmal sozial engagiert hat. Wir werden sehen, ob sich das auch hier durchsetzen wird.

In den USA ist ja diese gesellschaftliche Entwicklung vor allem bedingt durch den miesen Sozialstaat. Es handelt sich um eine Sparmassnahme, weil man sich den Sozialstaat nicht leisten will. In der Sozialdemokratie scheut man sich deshalb das Wort „Freiwilligenarbeit“ überhaupt in den Mund zu nehmen, da sie die grösste Gefahr für den Sozial- und Fürsorgestaat darstelle. Ich frage mich, ob wirklich alles von diesem Fürsorgestaat geleistet werden muss, oder ob nicht einige Sachen sogar besser in einem sozialen Netzwerk geleistet werden können. Was selbstverständlich nicht heisst, dass die Krankenversicherung überflüssig wird, im Gegenteil! Aber es wird auch wichtig sein, dass zwischenmenschliche Netze aufgebaut werden, nicht primär

wegen den Leistungen, sondern wegen den Kontakten, die dadurch hergestellt werden.

Epilog

Wir haben während dem Interview nur von einem Interessensschwerpunkt von Ursula Wyss gesprochen, der Jugendpolitik. Der andere ihrer Interessensschwerpunkte ist die Umweltpolitik. Hier noch ein paar ihrer Gedanken zu diesem Thema in von uns zusammengefasster Form.

Die Umweltpolitik ist eine Politik der winzigen Schritte, was angesichts der Klimaveränderung natürlich verheerend ist. Die Zukunftsaussichten stimmen Ursula Wyss nicht optimistisch. Trotzdem versucht sie pragmatisch zu bleiben und nicht zu verzweifeln angesichts der verantwortungslosen Haltung in der Schweiz aber auch in den USA, wo das Portemonnaie einem so teuer ist, dass weder an die Umwelt von heute geschweige denn an die von morgen gedacht wird.

♣♣♣♣♣

Déjà parus dans la Collection "Suisse 2020 – Schweiz 2020" :

Cahier no 1 : Interview de Johannes Matyassy, Secrétaire général du Parti radical démocratique suisse (septembre 2000)

Cahier no 2 : L'armée et ses défis – Die Armee und ihre Herausforderungen, par Stephan Gasteyger (février 2001)